

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپایی

Aus: Ausgabe vom 11.11.2017, Seite 3 / Schwerpunkt

Von Knut Mellenthin
12.11.2017

Kriegserklärungen an Libanon

Golfstaaten und Israel bringen sich in Stellung. Schicksal des zurückgetretenen Premierministers Saad Hariri unklar



Verlangen nach Revanche: Israelische Soldaten beim Krieg gegen den Libanon (Juli 2006)

Foto: Ronen Zvulun/Reuters

Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate und Kuwait haben am Donnerstag ihre Staatsbürger ohne Begründung aufgefordert, »unverzüglich« den Libanon zu verlassen. Der kleine Inselstaat Bahrain, der militärisch und politisch von Saudi-Arabien kontrolliert wird, war mit einer entsprechenden Anordnung schon am Sonntag

vorausgeeilt. Betroffen sind nicht nur Geschäftsleute und Touristen, die sich vorübergehend im Libanon aufhalten, sondern auch alle Bürger der vier Staaten, die im Libanon einen Wohnsitz haben. Also theoretisch auch Premierminister Saad Al-Hariri, der am Sonnabend in Riad seinen Rücktritt erklärte, denn er hat neben der libanesischen auch die saudi-arabische Staatsbürgerschaft.

Hariris Schicksal ist derweil unklar. Im Libanon wird weithin angenommen, dass seine Stellungnahme, die vom saudi-arabischen Staatsfernsehen ausgestrahlt wurde, nicht freiwillig erfolgte, sondern von den Saudis diktiert wurde. Es hält sich sogar das Gerücht, der Politiker, der in Saudi-Arabien eine bankrotte Baufirma mit mehreren Milliarden Dollar Schulden besitzt, stehe unter Hausarrest. Seine eigene Partei, die Zukunftsbewegung, hat am Donnerstag an Hariri appelliert, in den Libanon zurückzukehren, »um das innere und äußere Gleichgewicht« des Landes wiederherzustellen. Präsident Michel Aoun, ein Vertreter der christlichen Volksgruppe, der aber gut mit der schiitischen Hisbollah kooperiert, hat erklären lassen, dass er bis zur Rückkehr Hariris in den Libanon dessen Rücktritt nicht akzeptieren werde. Alle Parteien einschließlich der Hisbollah stehen auf dem Standpunkt, dass die im Dezember 2016 gebildete breite Koalitionsregierung fortbesteht und Hariri immer noch deren Chef ist.

Indessen absolviert dieser mehr oder weniger öffentliche Auftritte, mit denen bewiesen werden soll, dass er sich voller Bewegungsfreiheit erfreut. Nach einem kurzen Abstecher in die Vereinigten Emirate traf sich Hariri am Mittwoch und Donnerstag in Riad mit den Botschaftern Frankreichs, der USA, Großbritanniens und der Europäischen Union. Am Donnerstag abend landete der französische Präsident Emmanuel Macron zu einem nicht vorher angekündigten Kurzbesuch in Riad. Sein wichtigster Gesprächspartner war der saudische Kronprinz Mohammed bin Salman. Er habe »die Wichtigkeit der Stabilität und Integrität des Libanons hervorgehoben«, sagte Macron anschließend, ohne sich inhaltlich zum Thema zu äußern. Eine Begegnung mit Hariri gab es offenbar nicht.

Der saudische Minister für Golf-Angelegenheiten, Thamer Al-Sabhan, hatte am Montag angekündigt, die libanesischen Regierung werde künftig so behandelt, als ob sie Riad den Krieg erklärt hätte. Die Drohung stütze sich auf die unbewiesene und sachlich unwahrscheinliche Behauptung, Hisbollah sei am bewaffneten Widerstand gegen die saudische Militärintervention im Jemen beteiligt. Hintergrund ist ein Raketenangriff der jemenitischen Ansarollah-Miliz auf den Flughafen von Riad am vergangenen Samstag. Saudi-Arabien wirft der libanesischen Hisbollah vor, die Ansarollah militärisch zu unterstützen. Auch hatte Hariri erst am Freitag vergangener Woche in Beirut mit Ali

Akbar Welajati konferiert, dem Chefberater des iranischen »Revolutionsführers« Ali Khamenei. Welche praktischen Schlussfolgerungen die Saudis aus dieser »Kriegserklärung« ziehen wollen, ist unbekannt. Militärische Aktivitäten gegen den Libanon scheiden vermutlich schon aufgrund der großen Entfernung aus.

Indessen hat die israelische Regierung die Rücktrittserklärung des libanesischen Premierministers sofort aufgegriffen, um ihre alten Propagandaparolen gegen Hisbollah und den Iran zu bekräftigen. Die Äußerungen Hariris müssten »ein Weckruf an die internationale Gemeinschaft sein, gegen die iranische Aggression vorzugehen«, sagte Benjamin Netanjahu am Sonntag morgen. Wenn Israel und »alle Araber« übereinstimmend das gleiche sagten, »müssen die Menschen aufmerksam werden«.

Israelische Medien berichteten am Mittwoch, dass das Außenministerium alle Diplomaten im Ausland angewiesen habe, in ihren Einsatzländern bei den dortigen Regierungen und »anderen relevanten Stellen« darauf hinzuwirken, dass die Hisbollah an der Neubildung einer libanesischen Regierung nicht beteiligt werden dürfe. Die Diplomaten sollten besonders betonen, dass Hariris Rücktritt »einmal mehr die destruktive Natur des Iran und der Hisbollah und die von ihnen ausgehende Gefahr für die Stabilität des Libanon und der Länder der Region veranschaulicht«.

Neben solchen »diplomatischen« oder, richtiger gesagt, propagandistischen Aktivitäten bereitet die israelische Regierung ihre Streitkräfte und die Bevölkerung seit mehreren Monaten auf einen neuen Krieg im Libanon vor. Den letzten Feldzug hatte Israel dort vom 12. Juli bis zum 14. August 2006 geführt, ohne trotz vergleichsweise hoher eigener Verluste seine militärischen Ziele zu erreichen. Das löste langwierige und harte Fehlerdiskussionen aus und hinterließ bei den verantwortlichen Politikern und Militärs ein nachhaltiges Verlangen nach Revanche.

Im September fanden in Nordisrael zehntägige Militärübungen statt, die als die umfangreichsten seit zwanzig Jahren bezeichnet wurden. Beteiligt waren mehrere zehntausend Soldaten, darunter auch viele kurzfristig mobilisierte Reservisten. Als Fazit meldeten die Medien unter Berufung auf das militärische Oberkommando, dass die israelischen Streitkräfte seit 2006 einen »unermesslichen Vorsprung« gegenüber der »libanesischen Terrororganisation« gewonnen hätten und »einen klaren, substantiellen Sieg in kurzer Zeit« erreichen könnten. Darunter müssten »alle Libanesen leiden«, weil Israel »die gesamte Infrastruktur zerstören« werde, hatte der frühere Generalstabschef und Verteidigungsminister Mosche Jaalon schon am 16. Juli gedroht.